

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt, Dresden
Verlag: Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rats der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1534
Zirkel Nr. 52.

Nr. 57.

Freitag, 7. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf., einschließlich Briefporto. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. **Druckpreis** für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grunddruckgröße (6 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restameille 100 Gold-Pfennige; jeiraubendes und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag je Zeile. **Bemerkung**: Die Redaktion erwirbt, wenn der Beitrag verfaßt, durch Ringe eingeklebt werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. **Verlags- und Druckort**: Riesa. **Verlag**: Tagesblatt, Riesa. **Druckerei**: Tagesblatt, Riesa. **Verantwortlich für Redaktion**: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kommunistenstandal im sächsischen Landtage.

II. Dresden, 6. März 1924.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht, wie bereits gestern gemeldet wurde, Präsident Winkler eingehend die Anwesenheit der in der letzten Sitzung wegen ihres unparlamentarischen Verhaltens ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten Eröbdt und Hjel auf § 50 Abs. 8 der Geschäftsordnung aufmerksam. Danach steht dem Präsidenten das Recht zu, denjenigen Abgeordneten, die trotz erfolgten Ausschlusses in die Sitzungen des Landtages einzutreten versuchen, den Zutritt zum Landtagssaal zu verweigern; er kann erforderlichenfalls mit Hilfe der vorliegenden Gewalt die gewaltsame Entfernung aus dem Saale vornehmen lassen. — Die ausgeschlossenen Abgeordneten blieben trotz der Drohung im Sitzungssaal und verließen denselben auch dann noch nicht, als der Präsident die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrach.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung stellt Präsident Winkler fest, daß die Abg. Eröbdt und Hjel immer noch anwesend sind. Er ordnet infolgedessen an, daß die beiden den Landtag nicht mehr betreten dürfen bis zum letzten Tage ihrer Ausschließung. Er fügt hinzu, daß Abg. Eröbdt einen Antrag eingereicht hat, in welchem er gegen seinen Ausschuß Beschwerde erhebt. (Abg. Ellrod: Lesen Sie doch die Begründung des Antrages vor!) Präsident Winkler: Herr Eröbdt kann sich das Wort nicht erteilen. Die Geschäftsordnung schreibt vor, daß über einen solchen Antrag sofort abgestimmt wird. — Dies geschieht. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Der Präsident vertagt die Sitzung abends um eine Viertelstunde zur Durchführung der Geschäftsordnung und erklärt: Die Abg. Eröbdt und Hjel sind ausgeschlossen. (Abg. Hjel ruft: Nimm uns doch gleich das Mandat weg!) Während der Pause kommt es im Saale zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratin Wättner und den Kommunisten, die sie mit allerlei Schimpfworten bedenkeln, wie: Drecksei! Ganz gemeiner Provokateur! Spitzel! Verbrecherin! Frau Wättner erklärt, die Kommunisten hätten sie nicht beleidigt.

Nach Ablauf der Viertelstunde sucht der Oberbotenmeister des Landtages die beiden Abgeordneten zum Verlassen des Saales zu bewegen. Sie verbleiben immer noch. Darauf erscheinen mehrere Polizeibeamte in Zivil und fordern unter Vorzeigung ihres Ausweises des Besitzes der Erlaubniskarte zum Verlassen des Saales auf. Sie werden höflich abgewiesen. Es entsteht wieder eine längere Pause. Die Kommunisten umringen die ausgeschlossenen Genossen. Auf der Tribüne erscheinen Polizeibeamte in Uniform. Gegen 2 1/2 Uhr endlich betreten uniformierte Polizisten den Saal und laden die ausgeschlossenen Abgeordneten hinausdrängen. Es entsteht eine ungemein widerliche Palgerie, in die auch die kommunistische Abgeordnete Frau Schöler eintritt. Abg. Schöler schreit: Sie können sich alle Reden sparen. Es ist doch alles Unsinn. Nur von rechts: Hört doch nun endlich mit der Komödie auf! Abg. Renner: Komm her, wenn du ein paar Schellen haben willst! Es entsteht ein ungemeinlicher Lärm, an dem sich auch Tribünenbesucher beteiligen. Abg. Niedmann droht gegen die Polizisten. Abg. Krat (S.) ruft: Das ist ein Skandal, daß Ihr das mitmacht. Auf Entgegnungen der Mitglieder der Fraktionmehrheit ruft er: Ihr traurigen Brüder seid daran schuld, durch Eure Zustimmung zu dem Schandgeset!

Nach und nach tritt einigermaßen Ruhe im Saale ein. Die Ausschlossenen sind inzwischen von den Polizisten trotz heftiger Gegenwehr erhaltend unter Anwendung von Gewalt hinausgeführt worden.

Als Präsident Winkler wieder den Saal betritt, empfängt ihn die Linke mit höflichen Jurasen. Abg. Schöler (Rom.) ruft: Oberhausrecht! Ein anderer ruft: Drecksei! Du triffst! Der Präsident schlägt sodann Erledigung der Tagesordnung vor. Abg. Wedel (Linksl.) beantragt, angesichts der soeben erlebten Vorgänge die Sitzung zu vertagen. Dieser Antrag wird abgelehnt.

Abg. Siemert (Komm.) beantragt, die Geschäftsordnung des Landtages durch einen Anhang zu ergänzen, in dem bestimmt wird: Der Präsident hat zurückzutreten, wenn es die Mehrheit des Landtages beschließt. (Geschl.) Er bittet, diesen Antrag noch heute auf die Tagesordnung zu setzen. Eine unvermutet rasche Annahme einer Abstimmung durch den Präsidenten ergibt Zustimmung des Hauses zur sofortigen Behandlung des Antrages, der hierauf von den Abg. Siemert und Renner (Komm.) bearbeitet wird. Das Parlament hörte ihre Anträge auf den Präsidenten geduldig, aber teilnahmslos an. — Der kommunistische Antrag wird gegen Kommunisten und Linksozialisten abgelehnt.

In Erledigung der Tagesordnung wird ein Antrag von Wedel und Siemert (Komm.) auf Verfassungskonferenzen über die im 18. Januar stattgefundenen Gemeinderatswahlen angenommen, nachdem ein Regierungsvorbericht zugefugt hat, die Verfassungskonferenz werde in wenigen Wochen erfolgen.

Es folgt die Beratung über drei kommunistische Anträge auf Erlass einer Verordnung, nach welcher die Ueberführung der täglichen stündigen Arbeit in Sachsen verboten ist, auf Aufhebung einer Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsministers gegen Einführung der 5 1/2 stündigen Arbeitszeit im Berggewerbe und auf Aufhebung einer Verordnung der Reichsregierung über Zuschüsse und Prämien für Reichsanwaltschaften. Nach hundertlanger Verhandlung der Anträge durch den Abg. Berk (Komm.) antworteten zwei Regierungsvorbericht, daß den Wünschen der Antragsteller zum Teil nicht entgegen zu kommen ist, weil hier eine An-

gelegenheit des Reiches vorliegt, über einen anderen Teil der Fragen können noch Erörterungen stattfinden.

Arbeitsminister Ellrod verteidigt den Bundespräsidenten Brand gegen die wider ihn erfolgten Angriffe durch den Antragsteller.

Abg. Voigt (DVP) beleuchtet die kommunistischen Qualereien am Beispiel des Bankrotts und spricht ihnen die Verachtung ab, sich als berufene Vertreter der Interessen der Bankbeamten aufzuspielen.

Abg. Dr. Eckhardt (Dm.) bekämpft eine Arbeitsdienstpflicht für die jungen Leute. Das Schlichtungsgesetz wirkt mehr schädlich auf das Wirtschaftsleben. — Nach weiterer Aussprache werden die kommunistischen Anträge abgelehnt.

Die in der zweiten Beratung der Nachträge zum Haushaltsplan 1923 gefassten Einzelbeschlüsse finden in dritter Lesung Genehmigung, nachdem ein kommunistischer Redner sich wieder ausführlich dazu äußerte.

In den späten Abendstunden begann die dritte Lesung der Nachträge für den Haushaltsplan 1923. — Der Berichterstatter Abg. Dr. Dehne (Dm.) empfahl namens des Ausschusses die Annahme der Beschlüsse zweiter Lesung. Die Beschlüsse der zweiten Lesung wurden genehmigt.

Hierauf beantragte Abg. Renner (Komm.) unter schließendem Gelächter des Hauses die Annahme eines Währungsnotstands gegen den Finanzminister.

Endlich standen zur zweiten Beratung ein Antrag des Abg. Hofmann und Genossen betreffend die Zusammenlegung und Einbürgerung von Dänen, und ein Antrag des Abg. Börner und Genossen betreffend Entziehung von Wohnsitz gegen fremdbürtigen Ausländer. — Ein Regierungsvorbericht erklärte, jeder Fall des Ausgesandter fremdbürtiger Ausländer werde geprüft hinsichtlich der Beziehung des Wohnsitzmarktes und der Wirtschaft, der Gesichtspunkt der Religion und Rasse könne allerdings dabei nicht in Frage kommen.

Gegen 9 Uhr abends, als über die Anträge abgestimmt werden sollte, amfalte Abg. Renner (Komm.) die Befähigung des Hauses an. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 47 Abgeordneten. Präsident Winkler erklärte, daß sei die Hälfte der wirklich möglichen Zahl der Abgeordneten, da von 92 zwei ja ausgeschieden seien. (Große Heiterkeit.) Abg. Renner zweifelte die Richtigkeit dieser Auslegung an. Der Präsident unterbrach hierauf die Sitzung auf eine Viertelstunde, um in einer neuen Sitzung die Tagesordnung erledigen zu können.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beschloß das 51 Abgeordnete zählende Haus in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 5 Stimmen, antragsgemäß, die Regierung zu ersuchen, Maßnahmen gegen die unerwünschte Einwanderung von Ausländern nichtdeutscher Stammes zu treffen.

Gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten fand endlich folgender Minderheitsantrag des Ausschusses Annahme: Die Regierung zu ersuchen, den in den letzten fünf Jahren zugewanderten fremdbürtigen Ausländern, falls diese nicht eine Erlaubnisurkunde durch Neubau bis Ende 1924 zur Verfügung halten, obwohl sie hierzu in der Lage sind, die besuchten Wohnsitz zu entziehen, soweit es mit dem allgemeinen Fremdenrecht vereinbar ist, in Zukunft aber eine Sperre von Wohnsitzbewerben an solche Ausländer zu erlassen.

Schluss der Sitzung gegen 9 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung: Dienstag, 11. März, nachm. 1 Uhr; u. a. der kommunistische Währungsantrag gegen den Finanzminister.

Ein Antrag der Deutschnationalen.

(Dresden. Dem Landtag ist ein deutschnationaler Antrag zugegangen, daß Verbot der deutschnationalen Freispartei und der nationalsozialistischen Arbeiterpartei für Sachsen sofort aufzuheben. Begründet wird der Antrag damit, daß mit der Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes auch das Verbot der kommunistischen Partei aufgehoben wurde, während das Verbot der beiden vorgenannten Parteien noch in Wirksamkeit sei, da es vor Verhängung des Ausnahmezustandes erlassen worden sei.

Leber Personalabba in der Schule.

Dresden. Der Rechts- und Haushaltsausschuß A beriet in gemeinsamer Sitzung über die Gesetzesvorlage 117, Personalabba in der Schule betreffend. Die Regierungsvorlage ist im großen und ganzen angenommen worden. Die Berufsschullehrer, die schon im Vorjahre um vier Stunden auf 28 Wochenstunden erhöht worden sind, sollen auf dieser Stundenzahl stehen bleiben. Die Vorlage verlangt zwei ansonstige und zwei bezahlte Ueberstunden. Beschlossen wurde die Entschädigungspflicht für diese vier Ueberstunden. Bezüglich der höheren Unterrichtsanstalten ist das Gesetz ohne Änderung angenommen worden.

Italien und der deutsch-italienische Freundschaftsvertrag.

* Mailand. Die italienische Presse kommentiert den zwischen Deutschland und der Türkei geschlossenen Freundschaftsvertrag freudig und sympathisch. Der Weltkriegsberichter sagt, daß hinter dem alten Drang Deutschlands nach Osten die Beteiligung englischer und amerikanischer Kapitalisten stehe. Im übrigen erbaut die Presse gegenüber der deutschen Ausbreitung nach Osten zur höchsten Aufmerksamkeit.

Reichsausschreibung und Wahltermin.

Am Donnerstag vormittag hatte der Reichsausschreiber eine Aussprache mit dem Reichspräsidenten und daran schloß sich um 12 Uhr eine Ministerbesprechung über die parlamentarische Lage. Positive Mitteilungen über den Zeitpunkt der Reichsausschreibung und über den Wahltermin konnten zur Mittagsstunde noch nicht gemacht werden. Die Annahme, daß am 6. April gewählt werden sollte, scheint vorläufig noch unbearbeitet zu sein, die Regierung hat jedenfalls noch keinen Beschluß gefaßt. Schon aus wahltechnischen Gründen ist der Termin des 6. April unwahrscheinlich. Am Mittwoch ist beschlossen worden, daß an demselben Tage der allgemeine Wahltermin im besetzten Gebiet gewählt werden soll. Der Wahltermin im besetzten Gebiet mußte der Weimarer Reichsregierung vorzulegen werden. Die Weimarer Reichsregierung verlangt für jeden Wahlkreis eine Frist von 10 Tagen. Erst nach dem Beschluß der Weimarer Reichsregierung könnten die Wahlvorbereitungen im besetzten Gebiet beginnen. Dabei ist ein allzu früher Termin für die Wahlen im Hinblick auf das besetzte Gebiet nicht anzunehmen.

Die deutsche Goldkreditbank geküert.

* Berlin. In der Erklärung Dr. Stresemanns, daß der Gesetzentwurf über die Goldkreditbank nach den Wünschen des Reichsfinanzministers Dr. Schacht dem Reichstag in kürzester Frist zu machen werde, veranlaßt, Dr. Schacht habe gestern nach seiner Rückkehr aus Paris die Reichsregierung über seine Verhandlungen Bericht erstattet und mitgeteilt, sein Entwurf für die Gründung einer deutschen Goldkreditbank habe die Zustimmung der Sachverständigen und der Reparationskommission gefunden. Im Interesse der Kreditwürdigkeit der Bank sei die Gründung auf deutschem Wege notwendig. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist sofort in Angriff genommen worden und wird bereits morgen das Reichskabinett beschäftigen. Am Dienstag wird die Vorlage dem Reichstag zur Verabschiedung vorgelegt.

Blutige Ausschreitungen in Ludwigshafen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik hat bekanntlich ihren Betrieb geschlossen und der gesamten Werkerschaft gekündigt. Es sind dadurch über 20 000 Arbeiter erwerbslos geworden. Die ausgesperrten Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik drangen gestern früh nach Einbruch des Haupttores in den Fabrikshof ein, hielten die Arbeitwilligen mit Gewalt heraus und ließen andererseits die Beamten nicht in das Verwaltungsgebäude hinein. Als Polizei eintraf, um die Straßen vor dem Fabriksgebäude zu säubern, machten die Arbeiter einen Gegenstoß, wobei auf beiden Seiten blutig geschossen wurde. Mehrere verunglückte Polizeibeamte wurden in die Ambulanz der Fabrik eingeliefert. Die Zahl der verletzten Arbeiter ist nicht bekannt, da die Arbeiter ihre Verwundeten zum größten Teil selbst fortbrachten.

Die Militärkontrolle, unerhörte und überflüssige Forderungen.

* Paris. Nach der Chicago Tribune hat die geküert dem deutschen Vorkriegsüberlebenden Note der Vorkriegs-Konferenz ungefähr folgenden Inhalt: Das Reich wird aufgefordert, auf eine Note der Verbündeten vom 17. 10. 1922 unverzüglich zu antworten. Das Reich muß ferner auf der Stelle ein Gesetz annehmen, auf Grund dessen die Herstellung von Waffen untersagt wird. Ferner muß die Reichsregierung sämtliche militärischen Dokumente, die sich zurzeit des Waffenstillstandes in Berlin befinden, den Verbündeten ausliefern. Deutschland hat sämtliche Munitionsfabriken in Friedensbetriebe umzuwandeln. Was die Schiffe anbelangt, so ist sie durch einen besonderen Gesetzesakt aufzulösen und durch die Sicherheitspolizei zu ersetzen. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung darf in Zukunft die Staatspolizei nicht länger herangezogen werden. Schließlich wird die Reichsregierung aufgefordert, eine Vorlage einzubringen, wonach die Ein- und Ausfuhr von Waffen verboten wird. Außerdem muß Deutschland die Reichswehr auf ein notwendiges Mindestmaß herabsetzen.

Woinaró droht mit seiner Demission.

* Paris. Woinaró, der am kommenden Montag von der Finanzkommission des Senats in der Angelegenheit der Ermächtigungsgesetze gehört werden sollte, hat sich gestern in Begleitung des Finanzministers unerwartet im Palais de Lugenburg angemeldet und verlangt, auf der Stelle von der Kommission angehört zu werden. Im Verlaufe einer kurzen aber lebhaften Unterredung erklärte Woinaró, er bestehe auf der Ratifizierung sämtlicher leitender der Kammer angenommenen Dekrete. Falls die Senatskommission ihre Arbeiten nicht für kommenden Dienstag erledigt habe und keine Gelegenheit zur Eröffnung der Aussprache gebe, setze Woinaró hinzu, werde er unerwähnt dem Präsidenten der Republik seine Demission überreichen. Angesichts dieses Ultimatum ist die Senatskommission zu einer sofortigen Beratung zusammengetreten und hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß sie bereit sei, am Freitag oder Samstag früh, wie er es gewünscht, ihn anzuhören. Woinaró hat hierauf schriftlich geantwortet, daß die Kammer der Kommission die gewünschten Aufschlüsse erteilen werde.